



Die Justizbeamten im Freistaat haben seit diesem Jahr eine neue Kluft. Aber nicht zu aller Freude.
Foto: Eric Münch

Ziemlich grober Stoff

Die neuen Uniformen für Sachsens Justiz wurden überwiegend in Osteuropa genäht – zu Hungerlöhnen.

VON MARTINA HAHN

Der Stoff ist robust, der Schnitt schick – die Teile, die Sachsens Justizminister Martens kürzlich den Bediensteten der Justizvollzugsanstalt Dresden übergab, kamen bei den künftigen Trägern gut an. Doch dem neuen Dress haftet ein Makel an: „Die Uniformen stammen aus Ländern, in denen Näherinnen in den Textilfabriken ausgebeutet werden“, sagt Bettina Musiolek. Die Dresdnerin leitet in Sachsen die Kampagne für Saubere Kleidung, ein Zusammenschluss von Menschenrechtsgruppen und Gewerkschaften aus ganz Europa.

Das sächsische Innenministerium (SMI) bestätigt, dass die gelieferten Funktionshosen, Jeans, Twin- und Fleecejacken, Hemden und Strickpullis in Mazedonien, Weißrussland, Rumänien und Bulgarien hergestellt wurden. Diese Information bekommt aber nur, wer nachhakt. Die Behörde, über die die Order der Dienstkleidung für Mitarbeiter der Polizei, der Justiz, der Sächsischen Sicherheitswacht und der Ordnungsämter läuft, verweist lieber darauf, dass die 13 Textilunternehmen, die 2013 den Zuschlag für die Justiz-Uniformen bekamen, „alle ihren Sitz in Deutschland, vier sogar in Sachsen“ haben. Dass die wiederum mit Sublieferanten in armen Ländern arbeiten, wird gerne verschwiegen. Ebenso wie die Namen der hiesigen Hersteller. Das Ministerium nennt sie nicht, „aus vergaberechtlichen Gründen“.

Das Ministerium gibt auch keine Auskunft darüber, wie hoch der Lohn war, den die Näherinnen für die Produktion der Staatskluft bekamen. Es betont lediglich, dass die Auftragnehmer in Deutschland und deren Subunternehmer vor Ort den Näherinnen den im jeweiligen Land geltenden gesetzlichen Mindestlohn zahlen und die Standards der Internationalen Arbeitsorganisation beachten. Kontrolliert werde das „über Eigenerklärungen der Bieter“, so Bastian Fermer, Pressesprecher im SMI – und auf diese Selbsterklärung verlasse sich

der Freistaat auch. Musiolek findet das ein Skandal: „Für solche Selbstverpflichtungen reicht ein Stück Papier, selbst unterschrieben, mit dem Satz: Wir halten uns an die Menschenrechte – und niemand kontrolliert das.“ Der Mindestlohn in Mazedonien liege bei gerade mal 111 Euro im Monat, in Rumänien bei 133 und in Weißrussland sogar bei nur 97 Euro. Das deckt nur zwischen 14 Prozent (Bulgarien, Ukraine, Mazedonien) und 36 Prozent (Kroatien) eines existenzsichernden Einkommens ab, ergab eine aktuelle Studie der Kampagne. Zwangsüberstunden, Akkordarbeit und Kurzverträge seien die Regel. Mitunter lägen die Nominallöhne in Osteuropa unter denen Chinas, dem Textilexporteur Nummer eins.

Unfair, aber schlank

Zwar bekamen die in Mazedoniens Bekleidungsindustrie registrierten rund 40 000 Arbeiter 2013, dem Jahr der Uniform-Bestellung, im Schnitt 175 Euro netto im Monat. Doch Musiolek, die viel in Osteuropa unterwegs ist, traf auch Näherinnen, die keine 80 Euro im Monat verdienen. „Von solchen Armutslöhnen kann keiner leben – zumal in Mazedonien die Lebensmittel im Supermarkt genauso viel kosten wie bei uns, manchmal sogar mehr“, sagt sie. Ein für eine vierköpfige Familie Existenz sichernder Lohn müsse dort bei mindestens 790 Euro liegen, hat die Kampagne für Saubere Kleidung ausgerechnet.

Nicht nur deutsche Behörden lassen in post-sozialistischen Ländern fertigen, sondern auch Luxusmarken von Hugo Boss bis Max Mara. Doch während man keinen privaten Konsumenten zwingen könne, sich dafür zu interessieren, woher sein T-Shirt stammt, müsse bei der öffentlichen Hand ein fairer Einkauf Pflicht sein, findet Musiolek. Bund, Länder und Kommunen sind bundesweit die größten Verbraucher. Ob Kleidung für Justiz oder Polizei, Natursteine für den Rathausplatz, Kaffee für die Kantine, Computer fürs Büro oder Blumen für

den Festakt – Behörden ordern in Milliardenhöhe Produkte, die häufig aus anderen Ländern und dort unter schlimmen Bedingungen hergestellt werden. Mehr als 400 Milliarden Euro werden bundesweit jährlich über die öffentliche Auftragsvergabe bewegt – das entspricht 17 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Allein für die Polizeiuniformen hat der Freistaat 2009 bis 2013 Aufträge in Höhe von 24 Millionen Euro vergeben; insgesamt liegt das Vergabevolumen von Freistaat und seinen Kommunen bei einer Milliarde Euro im Jahr. Weil die Kassen jedoch leer sind, bekommt bei öffentlichen Ausschreibungen in der Regel der billigste Anbieter den Zuschlag. Damit spart der Staat Geld: „Die Lohnminute in Mazedonien kostet acht Cent, die in der BRD 35 Cent“, so Gabriele Götzke von der Firma Wattana im Landkreis Zwickau, einem der 13 Unternehmen, die die Justizuniformen genäht haben. „Wir sind das letzte Glied in der Kette, werden aber für alle Missstände in den Fabriken verantwortlich gemacht.“ Eine Produktion in Deutschland sei angesichts der Preise, die der Auftraggeber Staat zu zahlen bereit ist, „nicht mehr finanzierbar“, sagt sie auch.

Dass es fairer geht, zeigen andere Bundesländer. Zwölf der 16 haben ihr Vergaberecht in den zurückliegenden Jahren reformiert. Sie haben festgelegt, dass bei der Vergabe von Aufträgen Sozial- und Umweltstandards berücksichtigt werden müssen. Vorreiter sind Schleswig-Holstein, Thüringen, Bremen und Berlin.

In Sachsen hingegen gibt es keine Mehrheit für eine faire Beschaffung. „Noch immer bekommt der Billigste den Zuschlag, aber wo er die Uniformen fertigen lässt, erfahren selbst die Abgeordneten nicht“, kritisiert Stefan Brangs, der für die SPD im Landtag sitzt. Was eine faire Beschaffung angehe, „ist der Freistaat Schlusslicht“. Karl-Friedrich Zais, wirtschaftspolitischer Sprecher der Linken, fordert, dass Unternehmen, „die ihre Beschäftigten anständig bezahlen, dafür nicht vom

Staat bestraft“ werden dürfen. Denn wer faire Löhne zahlt, hat bei öffentlichen Ausschreibungen bislang kaum eine Chance, berücksichtigt zu werden – er ist zu teuer.

„Sachsen ist das einzige Bundesland, das Menschenrechte als ‚vergabefremd‘ bezeichnet“, kritisiert Musiolek. Als Grüne, SPD und Linke Anfang 2013 im Landtag versuchten, das Vergaberecht sozial gerechter zu gestalten, befand die schwarz-gelbe Mehrheit, Menschenrechte seien für eine „Wirtschaftlichkeit der Beschaffung nicht relevante Aspekte“, so die CDU und FDP. Man verzichte „auf den Zwang zu jeglichen sachfremden gesellschaftspolitischen, sozialen und ökologischen Auflagen“, pries die Landesregierung ihren Sieg. Die FDP lobte das verwässerte sächsische Vergabegesetz hernach als „schlank, unbürokratisch und unternehmerfreundlich“, da es keine „vergabefremde Auflagen, wie zum Beispiel überzogene Ökostandards oder politische Mindestlöhne“ vorschreibt.

Sachsens hat es in der Hand

Heute darf die Verwaltung „soziale oder Umweltaspekte bei ihren Vergaben berücksichtigen, der Gesetzgeber schreibt deren Verwendung aber nicht vor“, so Peter Gerlach von der Auftragsberatungsstelle Sachsen. Das könnte sich unter einer neuen Regierung nach der Wahl im September ändern, hofft die Allianz „Sachsen kauft fair“, ein Netzwerk aus Gewerkschaften, Kirchen und entwicklungspolitischen Organisationen wie dem ENS.

Würden solche fairen Kriterien festgelegt, „dann sollten sich die Abgeordneten allerdings auch Gedanken machen, wie sie umsetzbar sind und kontrolliert werden“, fordert Firmenchefin Götzke. Dann müsse der Freistaat bereit sein, tiefer in die Tasche zu greifen: „Der Auftraggeber ist in der Pflicht. Er bestimmt den Preis der Uniformen.“ Damit, sagt Musiolek, „entscheidet der Freistaat auch über die Arbeitsbedingungen in den Textilfabriken“. Und darüber, wie viele Jobs in Deutschland bleiben.

Verbraucherschützer wechselt die Seiten

Berlin. Wenn es um Strom- und Gaspreise ging, war er Gesicht und Stimme der Verbraucherschützer. Jetzt nicht mehr. Der langjährige Energie-Experte des Verbraucherzentralen-Bundesverbands (VZBV), Holger Krawinkel, wechselt in die Wirtschaft. Er fängt am 15. Juli beim Mannheimer Unternehmen MVV Energie an. Dort werde der 57-Jährige eine neue Abteilung aufbauen. Krawinkel war beim Verband zuletzt Leiter des Geschäftsbereichs Verbraucherpolitik. Zuvor hatte er sich seit 2004 als Chef des Fachbereichs Bauen, Energie, Umwelt einen Namen gemacht. Auf Tagungen, in Anhörungen und zahlreichen Interviews setzte er sich für die Interessen der Energieverbraucher ein. VZBV-Vorstand Klaus Müller sprach von einem „großen Verlust für den Verband“. Krawinkel habe die Diskussion um die Reform des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes entscheidend vorangetrieben. Erst im Dezember 2013 hatte Müllers Vorgänger Gerd Billen den VZBV verlassen. Billen wurde in der neuen Bundesregierung Staatssekretär im Verbraucherschutzministerium. Im Mai 2012 war bereits der Leiter der VZBV-Abteilung Kommunikation, Christian Fronczak, als Sprecher ins Bundeslandwirtschaftsministerium gewechselt. (dpa)

NACHRICHTEN

Auch Fahrräder fahren jetzt Fernbus

Berlin. Die Fernbusse der Deutschen Bahn erweitern ihren Service auf allen nationalen Linien. Dafür haben die beteiligten Busunternehmen 100 ihrer Fahrzeuge ausgerüstet. Pro Bus können drei Fahrräder befördert werden. Die Stellplätze müssen bis spätestens vier Tage vor Abfahrt online (berlinlinienbus.de), in einem Reisebüro oder telefonisch unter (0 30) 338 448 0 gebucht werden. Die Mitnahme kostet zehn Euro pro Rad. E-Bikes, Pedelects und Tandems werden nicht befördert. (SZ)

Der Osten muss noch weiter über die Grenzen schauen

Potsdam/Berlin. Die ostdeutsche Industrie muss nach Einschätzung der Bundesbeauftragten für die neuen Länder, Iris Gleicke (SPD), ihre Exportquote kräftig steigern. Zwar sei die Industrie in den neuen Ländern seit 1995 real um fünf Prozent gewachsen, sagte Gleicke. Die Exportquote liege jedoch je nach Branche zwischen zehn und zwanzig Prozent unter dem westdeutschen Niveau. Daher müsse die Innovationskraft der ostdeutschen Unternehmen durch die gezielte Förderung von Netzwerken mit der Wissenschaft ausgebaut werden. (dpa)

Oracle kauft sich groß

Redwood Shores. Der SAP-Rivale Oracle stößt mit einer rund fünf Milliarden Dollar schweren Übernahme tiefer in Gastronomie und Handel vor. Der kalifornische Konzern bestätigte am Montag seine Kaufpläne für Micro Systems. Das ebenfalls US-amerikanische Unternehmen bietet unter anderem an das Internet angebundene Kassensysteme und Abrechnungsprogramme für Läden, Hotels und Restaurants an. Micro arbeitet bereits seit 15 Jahren mit Oracle zusammen. Das 1977 gegründete Unternehmen hat 6 400 Mitarbeiter. (dpa)

Bekannter Insolvenzverwalter vor Gericht

Dem Sanierer Helgi Heumann wird vorgeworfen, in einen Kreditbetrug verwickelt zu sein.

VON ULRICH WOLF

Dresden. Der Start in die neue Arbeitswoche hätte für Staatsanwalt Arnulf Berner netter beginnen können. Am gestrigen Montagmorgen begrüßt ihn der Dresdner Top-Anwalt Endrik Wilhelm im Saal N 105 des Landgerichts Dresden um kurz vor neun Uhr mit den Worten: „Ach, Sie müssen sich die Niederlage hier anschauen.“

Für Wilhelm wie auch für den nicht minder erfolgreichen Top-Juristen Michael Stephan steht fest, dass ihre Mandanten, der Medienunternehmer Jörg H. (42) sowie der Insolvenzrechtler Helgi Heumann (68), zu Unrecht angeklagt worden sind. Die Staatsanwaltschaft Dresden wirft Jörg H. einen Kreditbetrug begangen zu haben; der Sanierungsspezialist Heumann, der einst insolvente Firmen wie Mühle in

Glashütte oder die Sandsteinwerke in Pirna betreute, soll dabei mitgeholfen haben.

Konkret geht es um die wechselvolle Geschichte einer Großprojektoren-Verleihfirma. 1994 von Jörg H. gegründet, gewann der nach eigenen Angaben Kunden wie Air Berlin, Daimler, das ZDF oder die Fifa für seine Präsentationstechnik. 2008 kam H. jedoch in finanzielle Schwierigkeiten, er holte sich Rat bei Heumann. Zu spät: Im November 2008 ging H.'s Firma pleite, das Gericht bestellte Bettina Schumde zur Verwalterin. H. wiederum gelang es derweil, seinen langjährigen Freund, den Ex-Deutscherbanker Holger N., für einen Neustart zu gewinnen. Heumann sagte gestern vor Gericht: „Ich war mir sicher, dass H. als genialer Akquisiteur mit N. als ausgewiesenen Zahlenexperten einen tollen Fang gemacht hatte.“

H. und N. wagten 2009 mit der Medienfirma einen Neustart, indem sie die alte Firma von Verwalterin Schumde zurückkauften: für 625 000 Euro, finanziert von der Volksbank Bautzen und der Bürgschaftsbank Sachsen. Die Geldhäuser hat-

ten jedoch laut Heumanns Verteidiger Stephan zur Auflage gemacht, dass H. nicht mehr als Gesellschafter in Erscheinung tritt. Somit übernahm der Ex-Deutscherbanker N. 97 Prozent der neuen Firma, Berater Heumann die restlichen drei Prozent.

Im Herbst 2009 soll N. dann jedoch Heumann gebeten haben, 47 Prozent seiner Anteile für H. treuhänderisch zu verwalten. Die Anteile sollten später auf H. übertragen werden. Das Konstrukt, so Heumann gestern, sollte den Vertriebschef und Firmengründer motivieren. Die Staatsanwaltschaft aber sieht in genau dieser Vereinbarung einen Verstoß gegen die Auflagen des 625 000-Euro-Kredits. Diesen zufolge durfte H. während der Laufzeit des Darlehens weder direkt noch indirekt (also auch nicht über den Treuhänder Heumann) Mitgesellschafter sein.

Während H. gestern dazu schwieg, betonte Heumann in einer fast anderthalbstündigen Aussage, den Kreditvertrag habe er nie gesehen, die Details seien ihm nicht bekannt. „Das hat alles immer nur N. gemacht.“ Er habe von den konkreten Kredit-



Als Sanierungsexperte bekannt, seit gestern angeklagt: Helgi Heumann. Foto: Daniel Spittel

auflagen erst aus den Ermittlungsakten erfahren. Für seinen Verteidiger Stephan steht nach dem ersten Verhandlungstag fest, „dass wesentliche Punkte der Anklage nicht bestätigt wurden“.

Holger N. kann nicht mehr befragt werden. Er starb mit 44 Jahren im Januar 2010. Ihm folgte als Geschäftsführer ein Heu-

mann-Bekannter, dennoch schlitterte wenige Monate später die Medienfirma erneut in die Pleite. Nach dem Tod von N. stellte sich zudem heraus, dass auch der Ex-Banker überschuldet war. Im Internet ist H. mit seiner Verleihfirma immer noch präsent – mit einer zuletzt im Dezember 2009 aktualisierten Preisliste.